

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Missmanagement am Flughafen „Willy Brandt“: Alle Fakten müssen auf den Tisch

Der Landtag beschließt,

Die Wirtschaftlichkeit des Flughafens Willy Brandt ist mit den bereits bekannt gewordenen und bekannt werdenden weiteren Kostensteigerungen für die Investitionsmaßnahmen und die Folgekosten aufgrund der Verschiebung des Eröffnungstermins in weite Ferne gerückt. Zugleich ist nur ein Bruchteil der Lärmschutzmaßnahmen umgesetzt worden. Für das Land Brandenburg ist dies eine sehr bedrohliche Entwicklung. Denn Brandenburg trägt momentan mit einer Bürgerschaftsübernahme in Höhe von 888 Millionen Euro und einem Gesellschafteranteil von 37% große Teile des Investitions- und Betriebsrisikos der Flughafengesellschaft.

Die Landesregierung wird aufgefordert

1. die Mehrzahl der Aufsichtsratssitze des Gesellschafters Land Brandenburg mit ausgewiesenen Experten für die Umsetzung großer Bauvorhaben und den Betrieb von Flughäfen neu zu besetzen,
2. dem Wirtschafts- und dem Haushaltsausschuss des Landtags kontinuierlich und transparent über das Krisenmanagement zu informieren,
3. den Mitgliedern dieser Ausschüsse die zur Beurteilung und Begleitung des Vorhabens notwendigen Unterlagen zur Verfügung zu stellen, insbesondere den Businessplan, die Protokolle der Aufsichtsratssitzungen und die fachlichen Vorbereitungsunterlagen der bisherigen Aufsichtsratsmitglieder der Flughafen GmbH,
4. eine unabhängige wirtschaftliche Untersuchung über die Rentabilitätsaussichten der Flughafen GmbH in Auftrag zu geben,
5. die Kostenrisiken aus Schadensersatzforderungen, Neu- und Umbauplanungen lückenlos aufzuführen,
6. einen Entschädigungsfonds für die Unternehmen im Non-Aviation- Bereich einzurichten, der unbürokratisch Überbrückungskredite und Schadensersatz leistet und
7. die Einrichtung einer Beschäftigungsgesellschaft zu prüfen.
8. Sicherzustellen, dass die ausstehenden passiven Lärmschutzmaßnahmen gemäß Planfeststellungsbeschluss/Planergänzungsbeschluss bis zur Eröffnung des Flughafens umgesetzt werden.

Begründung:

Zweifel an der Wirtschaftlichkeit des Flughafenbetriebs sind nicht neu. Schon die Renditeerwartungen vor der Bürgschaftsübernahme durch das Land Brandenburg wies auf eine Schieflage zwischen dem prognostizierten Umsatz des Flughafens und den Refinanzierungskosten der Bauinvestitionen hin. Die Finanzierung der Zins-, Tilgungs- und Abschreibungsaufwendungen durch die jährlichen betrieblichen Erträge des neuen Flughafens sind nicht gesichert. Jährliche Verluste in Millionenhöhe wurden bis über das Jahr 2020 hinaus prognostiziert. In diesem Zusammenhang wird auch die von den Gesellschaftern durchgeführte Anhebung der Eigenkapitalausstattung auf über eine Milliarde Euro im Jahr 2010 verständlich. Die Flughafen GmbH sorgte zurecht vor.

Allen Berechnungen lagen allerdings sehr positive Prognosen über die Entwicklung des Flugverkehrs in der Region zu Grunde. Aufgrund der externen Rahmenbedingungen in Form von Flugverkehrssteuern, Kerosinsteuer, dem CO₂-Emissionshandel und Änderungen im Nutzerverhalten sind diese prognostizierten Entwicklungen des Flugverkehrs heute als sehr optimistisch einzuschätzen.

Die zusätzlichen Kosten durch die stark gestiegenen Bauaufwendungen und den drohenden Schadensersatzansprüchen Dritter aufgrund der erneuten Verschiebung der Flughafeneröffnung führen absehbar zu einer Finanzierungslücke. Das aufgenommene Kreditvolumen in Höhe von 2,4 Milliarden Euro ist ausgegeben oder gebunden. Auch die Eigenkapitalzufuhr der Eigentümer in Höhe von insgesamt 430 Millionen Euro, sowie der Eigenfinanzierungsanteil der Berliner Flughäfen in Höhe von 440 Millionen Euro scheinen großteils für den Flughafenbau beansprucht worden zu sein.

Drohende Schadensersatzansprüche und durch den Weiterbetrieb der aktuellen Flughäfen bedingte geringere Erträge (sog. Opportunitätskosten) belasten die Finanzierungsplanung der Flughafengesellschaft zusätzlich und können zu Liquiditätsengpässen führen.

Erfolg und Misserfolg der Flughafen GmbH wirken sich durch die Eigentümer- und Bürgschaftsstruktur des Flughafenprojekts direkt auf das Land Brandenburg aus. Finanzierungsengpässe der Flughafen GmbH können Auswirkungen auf den Brandenburger Landeshaushalt haben. Deshalb ist der Landesregierung aufgefordert Landtag und Öffentlichkeit zur Sicherung des eigenen zukünftigen finanziellen Gestaltungsspielraumes, die erheblichen Risiken für das Land aus der Flughafenbeteiligung aufzuklären, diese zu analysieren und die Aufsicht über den Flughafen zu professionalisieren.